

Staatshaushalt um 134 Millionen saniert, 97 Millionen fehlen noch

Gesamtpaket Gemäss Regierungschef Adrian Hasler sind bereits Massnahmen im Umfang von 134 Millionen Franken zur Haushaltssanierung beschlossen. Um das Gesamtziel von rund 230 Millionen zu erreichen, reichten Einsparungen nicht aus.

VON MARTIN HASLER

Die ersten beiden Massnahmenpakete der Vorgängerregierung hätten das vorhandene Sparpotenzial bereits zu einem grossen Teil genutzt, führte der Regierungschef gestern vor Medien in Vaduz aus. «Der Einbruch auf der Einnahmenseite kann durch Kostensenkungen allein jedoch nicht kompensiert werden», erklärte Adrian Hasler mit Verweis auf die gesunkenen Steuereinnahmen. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Regierung im Massnahmenpaket III zu einem Grossteil auf das Generieren neuer Einnahmen in der Höhe von 39 Millionen Franken. Allein von der Erhöhung der Mindestertragssteuer auf 1900 Franken erhoffte sich die Regierung «nachhaltige Mehreinnahmen von 16 Millionen Franken», sagte Hasler. Auch Einsparungen beim Staatspersonal sollen geprüft werden, wobei der Regierungschef warnte, dass damit möglicherweise ein tieferes Leistungsniveau in Kauf genommen werden müsse.

Plädoyer für Radio L

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer argumentierte dafür, dass höhere Kosten in gewissen Bereichen angemessen seien. So näm-



Aufnahme von der Sanierung des Regierungsgebäudes 2011: Der Staatshaushalt bleibt weiter die grosse Baustelle der Landespolitik. (Symbolfoto: Paul Trummer)

here man sich durch die Erhöhung der Gebühren für Identitätskarten und Pässe der Kostenwahrheit an, wobei Vergleiche mit den Nachbarländern nur begrenzt möglich seien: Schliesslich arbeite man in Liechtenstein mit wesentlich niedrigeren Stückzahlen als beispielsweise in der Schweiz, was die Kosten für die Produktion von Reisedokumenten erhöhe. Zwiefelhofer brach ausserdem eine Lanze für Radio L, das zu-

künftig über Rundfunkgebühren finanziert werden soll. In der aktuellen Diskussion gehe oft verloren, welche Funktionen das Radio in Sachen Berichterstattung und Katastrophenschutz für das Land übernehme. «Radio L hat einen Wert und bringt wichtige Dienste für unser Land», so der Regierungschef-Stellvertreter. Aussenministerin Aurelia Frick nahm gestern Stellung zum Postulat

der Unabhängigen, in dem kritisiert wird, dass Liechtenstein als Kleinstaat zu viele Botschaften unterhalte. Rückblickend sei es für Liechtenstein richtig gewesen, sich im Ausland aktiv zu positionieren - das dürfe bei solchen Debatten nicht vergessen werden. Gleichzeitig bezeichnete sie eine allfällige Überweisung des Postulats an den Landtag auch als Chance, die gegenwärtige Praxis zu hinterfragen, was im Übrigen bereits gemacht werde.

Familienförderung reduziert

Vonseiten des Ministeriums für Infrastruktur, Umwelt und Sport sprach Regierungsrätin Marlies Amann Marxer von schmerzhaften Reduktionen vor allem im Bereich der Familienförderung, die aus ihrer Sicht jedoch unumgänglich seien. Ausserdem sollen gewisse Landwirtschaftssubventionen stufenweise abgeschafft und der Beitrag an die CIPRA um 300 000 Franken reduziert werden. Den grössten Anteil der Reduktionen im Zuständigkeitsbereich von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini macht die Abschaffung des Staatsbeitrags von zwei Millionen Franken an die IV aus, was jedoch keine Leistungskürzungen zur Folge habe, da es nur die letzte Konsequenz einer länger beschlossenen Systemumstellung sei.

Massnahmenpaket III im Überblick

Geplante Einnahmenerhöhungen

Vorgeschlagene Massnahme	Zusätzliche Einnahmen	Wirksam ab
Anpassungen des Steuergesetzes (bereits vom Landtag beschlossen)	14 Mio. Franken	2014
Erhöhung der Mindestertragssteuer auf 1900 Franken	16 Mio. Franken	2015
Zuweisung der Steuer von beschränkt Steuerpflichtigen an das Land	6 Mio. Franken	2015
Entkopplung von Sollertrag 4 % und Eigenkapital-Zinsabzug 1,5 %	2 Mio. Franken	2015
Gebührenanpassungen Heimatschriften	0,5 Mio. Franken	2014
Diverse Gebührenanpassungen (ZSA, STIFA)	0,047 Mio. Franken	2014
Total	38,547 Mio. Franken	

Geplante Beitragsreduktionen

Vorgeschlagene Massnahmen	Reduktion	Wirksam ab
Reduktion Staatsbeitrag FMA	3 000 000 Fr.	2014
Aufhebung Finanzierung IV	2 000 000 Fr.	k.A.
Finanzierung LRF über Rundfunkgebühren	1 500 000 Fr.	2015
Anpassungen im Landwirtschaftsbereich	650 000 Fr.	2015*
Reduktion der Förderung nach Art. 24 SHG	340 000 Fr.	2014

Abschaffung der Kindersubvention im Bereich der Wohnbauförderung	500 000 Fr.	2015
Reduktion der Wirtschaftsförderung	487 000 Fr.	2014
Kürzung Beiträge an Sprachaufenthalten Gymnasium		
- Verzicht auf einen Sprachaufenthalt	130 000 Fr.	2014
- Evaluation der gymnasialen Oberstufe	250 000 Fr.	2015
Reduktion des Beitrags an die CIPRA	300 000 Fr.	2014
Integration der Blindenbeihilfe in die IV	220 000 Fr.	2014
Anpassung des Zubringerdienstes für Schüler	182 000 Fr.	2014
Reduktion Kinder- und Jugendförderung	150 000 Fr.	2014
Reduktion der Beiträge an Vereinigungen im Gesundheitsbereich	126 000 Fr.	2014
Verzicht auf Unfallversicherung von Schülern	112 000 Fr.	2015
Reduktion der Sportförderung	100 000 Fr.	2015
Reduktion der Budgetmittel für die Schutzwaldpflege	100 000 Fr.	2015
Reduktion der Beiträge an Vereinigungen und Organisationen im Bereich der allgemeinen Verwaltung	65 000 Fr.	2014
Reduktion der Integrationsmassnahmen	50 000 Fr.	2014
Verzicht auf Beitrag an Caritas	40 000 Fr.	2014
Reduktion Beiträge an internationale Organisationen	37 000 Fr.	2014
Reduktion der Beiträge an die Förderung der Naturschutzfunktion	30 000 Fr.	2014
Gesamt	10 369 000 Fr.	

* Schrittweise Reduktion ab entsprechendem Voranschlag